

Auch Streikrecht für SchülerInnen wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt:

Traurig: Schwarzblau verweigert Heimgärtnern günstige Saisonpickerl für die Parkzonen

Was Wien längst hat, soll – geht es nach der SPÖ – auch in Graz möglich werden: AnrainerInnen-Parkpickerl für HeimgärtnerInnen in gebührenpflichtigen Parkzonen mit Ermäßigungen, wie sie etwa auch UnternehmerInnen zugestanden werden. In einem Dringlichkeitsantrag forderte SP-Klubvorsitzender Michael Ehmman solches ein. Aber was UnternehmerInnen sehr wohl zugestanden wird, lehnten VP und FP ab: Njet – keine Ermäßigungen für die Grazer HeimgärtnerInnen!

Vor einem Jahr hatte SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmman** per Anfrage an den Bürgermeister angeregt, jenen HeimgärtnerInnen, deren grüne Oasen in gebührenpflichtigen Zonen liegen, über Ausnahmegenehmigungen günstigeres Parken zu ermöglichen. Die ernüchternde Antwort, vereinfacht gesagt: Gibt's nicht, geht nicht, Gesetz ist Gesetz und Vorschrift ist Vorschrift. Ehmman sah das anders, sah sich in anderen Städten um und kam zum Schluss: „Ein ‚geht nicht‘ gibt's nicht – zumindest dann nicht, wenn der Wille da ist, etwas zu verändern.“ Die Konsequenz: Mit Hinweis auf die Stadt Wien, die HeimgärtnerInnen über eine Nebenwohnsitz-Regelung für die Zeit zwischen März und Oktober in den Parkzonen vergünstigte Parkpickerl um 90 Euro anbietet, forderte Ehmman heute per Dringlichkeitsantrag ein, dass auch für die Grazer HeimgärtnerInnen eine verträgliche Lösung gefunden werde. „Wenn AnrainerInnen und UnternehmerInnen in den Grünen bzw. Blauen Zonen Ausnahmeregelungen mit 216 Euro bzw. 240 Euro für zwei Jahre erhalten, sollte es ja wohl juristisch wie auch finanziell machbar sein, Ähnliches für HeimgärtnerInnen mit Hauptwohnsitz in Graz zustande zu bringen.“

Ehmman: „Ich weiß von ehemaligen Nachbarn, was für ein Aufwand es ist, Kinder, Gartengerät, Grillkohle, Pflanzen, Getränke und die Oma in den Heimgarten zu transportieren – das geht oft nicht ohne Auto. Das Jahrespickerl um 460 Euro für Grüne Zonen ist da aber überzogen, mit Monatspickerl zwischen März und Oktober fährt man mit in Summe 384 Euro auch nicht viel günstiger – ich finde eine Regelung, angelehnt an die Kosten für UnternehmerInnen für fair und gerecht! Soll sein, dass so ein Saisonpickerl analog zu Wien 90 Euro kostet!“ Traurig, aber wie zu erwarten: VPPF lehnten ab.

Streikrecht für SchülerInnen

Den Jahrestag der „Fridays for Future“-Demos in Graz nahm SP-Gemeinderätin **Anna Robosch** zum Anlass, per Dringlichkeitsantrag eine Petition an den Bundesgesetzgeber anzuregen, dass SchülerInnen auch während der Unterrichtszeit ein Streikrecht eingeräumt wird. Denn derzeit ist es so, dass einige Schulen die Teilnahme ganzer Klassen an Klima-Demos sogar als „Exkursionen“ werten, andere erkannten zumindest ein gerechtfertigtes Fernbleiben vom Unterricht an – es gibt aber andererseits Schulen, die stringent auf die Schulbesuchspflicht pochen, wo Eltern sich sogar gezwungen sahen, für ihre Kinder Entschuldigungen zu verfassen, um diese vor schulischen Konsequenzen zu schützen. Robosch: „Und das geht gar nicht: Wer für unser Überleben streikt, und die Klimakrise ist längst zu einem Überlebenskampf geworden, darf nicht bestraft werden – deshalb braucht es ein Streikrecht für SchülerInnen. Schwarzblau sah das naturgemäß anders. Speziell bei der FPÖ wohl nicht verwunderlich, sieht diese Partei die Stadt Graz doch offenbar mehr durch Klimaextremisten denn durch Klimaextreme gefährdet.“

Per Geschäftsordnung heißes Eisen „Postenschacher und Objektivierung“ abgesetzt

Die von vielen erwartete Diskussion über Postenschacher und Stellenbesetzungen durch Schwarzblau fiel dagegen aus: Der Dringliche der Grünen, der darauf abzielte, dass bis Juni ein Objektivierungspaket ausgearbeitet hätte werden sollen, das den Namen Objektivierung zu Recht trägt und das tatsächlich Transparenz garantierte, wurde gar nicht erst zugelassen. Geschäftsordnungswidrig, lautete die Begründung.

„Schade darum. Da vertieft sich nämlich der Eindruck, dass hier eine in dieser Form noch nie dagewesene knallharte Postenbesetzungspolitik, die mit Objektivität nichts zu tun hat. Aber das – und das ist das eigentlich Schlimme - unter dem Deckmantel der Objektivierung und Transparenz, die es in Wahrheit nicht gibt!“ Aus Ehmanns Sicht gibt es nur eine Konsequenz: „Ich fordere Schwarzblau auf, endlich unserem Antrag vom Dezember 2017 Folge zu leisten: Schluss damit, von ‚Objektivierungsrichtlinien‘ zu sprechen, grenzt an Etikettenschwindel – man sollte ehrlicherweise von Postenbesetzungsrichtlinien sprechen!“

Zudem ging **Michael Ehmann** in einer Anfrage an den Bürgermeister auf die Personalbesetzungen der vergangenen zehn Jahre ein, legte dem Bürgermeister einen Katalog mit 20 heiklen Fragen betreffend die Besetzung von Führungspositionen im Haus Graz vor. Das Thema Personal brachte auch SP-Gemeinderat **Gerald Haßler** in seiner Anfrage zur Sprache: Haßler möchte eine detaillierte Aufstellung über die Entwicklung der Zahl der MitarbeiterInnen in einzelnen Bereichen der Holding. Haßler: „Falls etwa der Bereich Marketing/PR im Vergleich zur Straßenreinigung oder Müllabfuhr tatsächlich überproportional aufgestockt wurde, sehen wir da viel Erklärungsbedarf!“

Weitere Initiativen der SPÖ heute im Gemeinderat:

- Gemeinderat **Michael Ehmann** ging in einer Anfrage der Barrierefreiheit nach: Beim großen Silvester-Event am Hauptplatz waren beispielsweise keine Bereiche für RollstuhlfahrerInnen reserviert – einige mussten deshalb noch vor der großen Mitternachtsshow enttäuscht heimfahren.
- Den schon seit Jahrzehnten überfälligen Fußgängerübergang in der Wetzelsdorfer Straße/Gaswerkstraße forderte einmal mehr Gemeinderat **Gerald Haßler** ein.
- Für eine von den AnrainerInnen vehement geforderte Geschwindigkeitsbeschränkung in der Bahnhofstraße machte sich Gemeinderat **Ewald Muhr** stark.
- Der Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft ging Gemeinderätin **Susanne Bauer** in einer Anfrage mit in Summe 13 Punkten nach.
- Über den allfälligen Aufwand/die Kosten der Umbenennung der „Linien Graz“ in „Graz Linien“ begehrte **Gerald Haßler** in einer Anfrage Auskunft.
- Die Sorgen der AnrainerInnen in der Sandgasse aufgrund geplanter Großbaumaßnahmen durch die BIG sprach **Ewald Muhr** in einer Anfrage an.
- Das ewig heiße Eisen der nur schleppenden Beantwortung von Bezirksratsanträgen machte **Gerald Haßler** in einer Anfrage an den Bürgermeister zum Thema.
- Einen klar strukturierten Klimaschutzpfad, der nachdrücklich darlegt, welche Maßnahmen wann und unter welchen Voraussetzungen zu welchen Einsparungen bei den THG-Emissionen führen, forderte **Susanne Bauer** ein.

Nein zu Lendplatz-Verkehrskonzept

Einer der Hauptgründe für die Ablehnung durch die SPÖ: Statt die Fellingergasse, die Verbindung zwischen Lendkai und Lendplatz, zu einer Einbahn zu machen, um dadurch den Verkehrsfluss besser zu kanalisieren und diesen Bereich zu entlasten, bleibt die eher schmale Gasse weiter in beiden Fahrtrichtungen befahrbar.

Abgelehnt wurde heute seitens der SP auch der Bebauungsplan Lazarettgürtel/Hohenstaufengasse. Der Grund einmal mehr: Eine nicht zufriedenstellende Verkehrslösung, durch die den AnrainerInnen eine enorme Zusatzbelastung droht.

Alle Initiativen des SPÖ-Gemeinderatsklubs finden sich im Internet unter der Adresse:

<https://stmk.spo.e.at/aus-dem-gemeinderat/>